



## Haidhauser lehnen erwartungsgemäß die zweite Stammstrecke ab

### "Ein Tunnel ist die schlechteste Lösung"

#### Bürgerversammlung macht sich auch Sorgen über die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Von Peter Oberstein

Der Widerstand gegen einen S-Bahn-Tunnel ist in Haidhausen ungebrochen. Bei der Bürgerversammlung des Stadtteils forderten Anwohner eine Umplanung und eine Diskussionsveranstaltung mit Oberbürgermeister Christian Ude. Weitere Sorgen sind die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Die Eltern der Grundschule an der Bazeillesstraße beklagen, dass bei dem anstehenden Umbau von ihnen organisierte Lernhilfen wie eine eigene Bibliothek wegfallen würden. Die Hotels an der Hochstraße sorgen bei den mittelbaren Nachbarn für Ärger. Die Schleibingerstraße soll daher für Busse gesperrt werden.

Das war zu erwarten. Keine neue Variante der Tunnelplanung kann die Skepsis der Haidhauser beseitigen. Das wusste auch der Leiter der Versammlung, Bürgermeister Hep Monatzeder, der sich an deren Ende für den ruhigen Verlauf bedankte. Aber der Bürgermeister stand auch nicht im Zentrum der Kritik, sondern der, den er meistens vertritt. OB Ude hat sich den Zorn der Tunnelgegner zugezogen - nicht nur, weil er diese Variante bevorzugt, sondern weil er in einem Interview die Gegner des Projekts als "kleinkariert" bezeichnet hat. Sie würden nur auf ihr Stadtviertel schauen und die Probleme der gesamten Metropolregion München ignorieren. Walter Heldmann von der Bürgerinitiative "S-Bahn-Tunnel- Haidhausen" hielt dem entgegen, dass man gegen den Tunnel sei, auch wenn er durch Bogenhausen geführt werde. Er sei einfach "die schlechteste Lösung" und er lud Ude zur Diskussion ein, was die Bürgerversammlung mit gerade mal zwei Gegenstimmen befürwortete.

Heldmanns Mitstreiterin von der Bürgerinitiative, Ingeborg Michelfeit, forderte ein neues Gesamtkonzept für das S-Bahn-Netz. Robert Mertel kritisierte das Sicherheitskonzept. Durch den Wegfall der geplanten S-Bahn-Haltestellen an der Maximilianstraße, am Lenbach- und am Max-Weber-Platz würden die Fahrgäste einem zu hohen Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Die Evakuierung aus mehr als 40 Metern Tiefe durch enge Schächte sei kaum für alle möglich. Er verlangte eine eigene Bürgerversammlung zu diesem Thema, was die aktuell tagende befürwortete.

Ein weiteres Anliegen der Anwohner war eine Bestandsaufnahme der vom Tunnelbau möglicherweise betroffenen Gebäude sowie eine lückenlose Dokumentation der Tiefbauarbeiten. Dafür stimmte die Versammlung ebenfalls, wie auch für eine Veröffentlichung des Betriebskonzepts der Bahn. Robert Adam vom Planungsreferat stellte klar, dass der Freistaat und nicht die Stadt für das S-Bahn-Netz verantwortlich sei. Die Branddirektion prüfe sehr detailliert die Evakuierungspläne, erwiderte Adam die Vorwürfe, die Notausstiege seien unzureichend. Adam forderte die von dem Tunnelbau Betroffenen auf, sich im Planfeststellungsverfahren zu äußern.

Andere Sorgen hatte Gerlinde Stettner. Die Vorsitzende des Elternbeirats der Grundschule an der Bazeillesstraße monierte, dass im Zuge des Umbaus das Dachgeschoss nicht berücksichtigt werde. Dort befänden sich bereits jetzt Klassenräume, die nicht genutzt werden könnten, weil es keinen zweiten Fluchtweg gebe. Die Eltern bräuchten die Räume aber nicht zuletzt für die von ihnen aufgebaute Bibliothek, berichtete Stettner. Vom Schulreferat war niemand in der Versammlung anwesend, um darauf antworten zu können.

Anton Bauer vom Kreisverwaltungsreferat hingegen erklärte zu dem Wunsch eines Anliegers der Schleibingerstraße, dass Einzelsperrungen für bestimmte Fahrzeug-Arten schwierig seien. Dies müsse intensiv geprüft werden. Der Anwohner hatte über die Belastung durch Busse beklagt. Bauer brachte die Antwort eine Rüge der Bezirksausschuss-Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will (SPD) ein. Sie warf der Verwaltung vor, dass sie die Folgen der Hotelansiedlung an der Hochstraße vernachlässigt habe. "Dort gibt es schon 3000 Betten, 1000 kommen noch hinzu. Wir haben immer gesagt, dass das Probleme bringt", sagte Adelheid Dietz-Will.

Die BA-Chefin mahnte auch noch eine Verlängerung der Erhaltungssatzung an. Dies unterstützte auch die Bürgerversammlung. Ein Anwohner des Johannisplatzes hatte erklärt, dass immer weniger Leute, die "angeblich den Charme des Viertels ausmachen", sich dieses wegen der hohen Mieten noch leisten könnten. Dietz-Will hatte vorgerechnet, dass die Zahl der sozial geförderten Wohnungen im Stadtviertel sinke, wobei die Zahl der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf einem hohen Niveau bleibe.

Quelle: Süddeutsche Zeitung  
Nr.31, Montag, den 08. Februar 2010 , Seite 50

Fenster schließen ☰

